

(A) **Beginn: 10.06 Uhr**

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen. Ich eröffne hiermit die 132. Sitzung und heiße Sie herzlich willkommen. Ich begrüße auch die Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 22 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Wir kommen damit zur Beratung der heutigen **Tagesordnung**. Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4200

(B) **Ergänzung**  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4450

Zweite Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4460

Beschlußempfehlungen und Berichte  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksachen 12/4500 bis 12/4516

zweite Lesung

in Verbindung damit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4202  
Vorlagen 12/2943, 12/2998 und 12/3006

Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4450

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 12/4517

zweite Lesung

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung darüber. Liegt ein Änderungsantrag hierzu vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2000 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Ich mache darauf aufmerksam, daß zwischen 13 und 14 Uhr keine Abstimmung stattfinden wird.

Nach der Beratung der Stellenpläne werden die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Wir beginnen jetzt mit den **Beratungen der Einzelpläne** des Haushaltsentwurfs.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr**

Dieser Einzelplan besteht aus den Teilbereichen  
a) Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und  
b) Verkehr. Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4508 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/4523 bis 12/4525.

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) **Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Weisbrich für die Fraktion der CDU das Wort.

**Christian Weisbrich (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wetter ist dem Anlaß angemessen. Befassen wir uns also mit dem Wirtschaftsetat oder mit dem, was die Koalition nach fünf verlorenen Jahren für das Land davon übriggelassen hat.

(Lachen bei der SPD)

Der vorgelegte Wirtschaftshaushalt ist für die CDU und für jeden, der es gut mit diesem Lande meint, eine einzige Enttäuschung. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

"Nordrhein-Westfalen im Wachstum nur Vorletzter" und "Nordrhein-Westfalen im Westen Schlußlicht auf dem Arbeitsmarkt" - das sind die zentralen wirtschaftspolitischen Botschaften der letzten Wochen. Dennoch legen Sie uns, Herr Minister Steinbrück, einen Wirtschaftshaushalt vor, der in seinem Kernbereich um 4,39 % gekürzt wird, während der Gesamtetat um 1,9 % steigt.

(B)

Daran ändern auch die auf unseren Druck hin erfolgten geringfügigen Nachbesserungen bei den Krediten für kleine und mittlere Unternehmen und beim Beratungsprogramm Wirtschaft nicht viel. Der Wirtschaftshaushalt ist und bleibt die Abbruchhalde der Landesregierung, um vermeintlich wichtigere Haushaltstitel zu bedienen. Wir halten das für völlig falsch und lehnen Ihre "virtuelle", medienorientierte Wirtschaftspolitik ab.

Ich kann nachvollziehen, daß der Ministerpräsident als ehemaliger Journalist denkt: Was vom medialen Scheinwerferkegel erfaßt wird, existiert - zumindest für die Öffentlichkeit. Ich kann aber nicht nachvollziehen, daß Sie als Ressortchef auch noch gute Miene zum bösen Spiel machen: PR-Kampagnen statt Geld für die Betroffenen, 5 Millionen DM für eine sogenannte Mittelstandsoffensive, davon 70 % für Hochglanzprospekte, 30 % für Begleitmusik und nichts für den Mittelstand!

Hören Sie endlich auf mit dieser folgenlosen Geschäftshuberei, und tun Sie real etwas für die Wirtschaft in unserem Land!

(C)

(Beifall bei der CDU)

"Es gibt keine Alternative zum Kurs der Haushaltskonsolidierung der Landesregierung", ließen Sie uns während der Beratung im Wirtschaftsausschuß wissen. Dabei sei es klar, "daß Einsparungen im wesentlichen auf den Bereich der freiwilligen Förderprogramme des Landes beschränkt sind".

Herr Minister, ich halte diese Auffassung für abartig, zumindest aber für extrem kurzsichtig. Das erinnert mich an den Mann, der seinem Arbeitspferd immer weniger Futter gab und dann, als der Gaul einging, bedauernd sagte: "Schade, hätte er noch drei Tage durchgehalten: Ich hätte ihm das Fressen ganz abgewöhnt."

(Heinz Hunger [SPD]: Eine ganz neue Erkenntnis!)

Herr Minister, wir haben zwei grundsätzliche Haushaltsprobleme in Nordrhein-Westfalen:

Erstens: Der Staat ist zu teuer. Das ist überwiegend Thema der endlos verschleppten und jetzt auch noch verkorksten Verwaltungsstrukturreform.

(D)

Zweitens: Unser Wirtschaftswachstum ist viel zu gering. Das Pro-Kopf-Einkommen der fleißigen Menschen in unserem Land bleibt immer weiter hinter dem anderer Flächenstaaten zurück, und deshalb sind unsere Steuereinnahmen, die wir für die Finanzierung von Bildung, Gesundheit, innerer Sicherheit und Infrastruktur brauchen, viel zu gering.

Ein jahrzehntelanger Wachstumsrückstand von durchschnittlich 1 % beim Bruttoinlandsprodukt pro Jahr führt mittlerweile zu Steuerausfällen von jährlich mehr als 10 Milliarden DM, die uns in der Kasse fehlen.

Vornehmste Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß es deshalb sein, für mehr Wachstum zu sorgen. Das ist das Wichtigste für unser Land. Und Ihre Aufgabe, Herr Minister, wäre es, dafür zu sorgen, daß das Wichtigste auch im Ressortgerangel immer das Wichtigste bleibt.

(Christian Weisbrich [CDU])

- (A) Natürlich dürfen und müssen Sie beim Wirtschaftshaushalt auch sparen - aber an den richtigen Stellen. Sparen im Wirtschaftshaushalt heißt für mich: die Effizienz steigern, aber nicht sinnvolle Programme kürzen. Haben wir Sie nicht oft genug gemahnt, für mehr Effizienz und bessere Kontrolle zu sorgen?

Nach den 1998 aufgedeckten viele hundert Millionen DM schweren Förderskandalen um HDO, StollCom, GranDorado oder Ökozentrum Hamm hieß es damals: "Das Land verschärft die Kontrolle bei den Fördermitteln." Minister Hombach sprach von "Einzelfällen". Es waren aber keine Einzelfälle. Controlling-Stellen waren nicht besetzt; das ganze System war schlicht und ergreifend schlunzig. Die Regierung hatte die politische Kontrolle von Projekten vernachlässigt. Das Pressefoto von der Grundsteinlegung und die Schlagzeilen mit großen Zahlen sorgten für medialen Glanz: "virtuelle" Wirtschaftspolitik. Das Ergebnis war anscheinend nicht mehr so wichtig.

Was nutzt es, wenn teure Gutachten die Ineffizienz von Technologiezentren bestätigen, Konsequenzen aber jahrelang ausbleiben? Wie konnte es dazu kommen, daß Sie noch in diesem Sommer bestätigen mußten, das Wirtschaftsministerium habe noch keine Schritte eingeleitet, um zwei Jahre lang bekannte Mängel bei den Technologiezentren abzustellen? Lag es daran, daß die "Chefköche" mit irrer Wechselfrequenz ausgetauscht wurden? Lag es daran, daß wir in drei Jahren zwei Staatssekretäre und drei Minister erleben mußten, daß bestimmte Abteilungsleiter mit Millionenaufwand "entsorgt" wurden?

Ich hoffe, daß wir den Hund nicht noch länger zur Jagd tragen müssen und daß wir den angekündigten Kurswechsel in der Wirtschaftsförderung schon vor dem Regierungswechsel im Mai spüren werden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ihr müßt jetzt einmal die neuen Umfrageergebnisse lesen!)

- Ja, ja, unter'm Strich wird abgerechnet!

Sparen im Wirtschaftshaushalt heißt aber nicht nur, die Effizienz zu steigern, sondern sparen heißt auch, auf unsinnige Prestige- und Renommierprojekte zu verzichten. Was hat das Land

denn von den 500 Millionen DM für das CentrO Oberhausen gehabt, das zum Dank jetzt auch noch restlos über die Stränge schlägt und mit Advokatenricks und einem willfährigen SPD-Oberbürgermeister eingegangene Verpflichtungen zum Schaden der Region unterlaufen will? (C)

Was haben wir gehabt von den 100 Millionen DM für HDO, wo das Land dem schlechten Geld jetzt noch gutes Geld hinterherschmeißt? Keine europaweite Technologieführerschaft, keine filmwirtschaftlichen Sekundäreffekte - biederste Hausmannskost auf niedrigstem Beschäftigungsniveau! Aber nochmals 25 Millionen DM Landesbürgerschaft, 7 Millionen DM jährlich von der Filmstiftung, 2 Millionen DM jährlich für obskure Ausbildungsförderung und eine bevorzugte Antragsbearbeitung mit 48-Stunden-Erfolgsgarantie, wie der "Focus" berichtete.

(Zuruf des Loke Mernizka [SPD])

Erkennen Sie nicht selbst, daß das gegenüber dem Mittelstand, der monatelang auf Genehmigungen für selbstfinanzierte Projekte warten muß, unfair und ungerecht ist? Schämen Sie sich eigentlich nicht

(Oh! bei den GRÜNEN)

- hören Sie doch erst einmal zu! - (D)

(Roland Appel [GRÜNE]: Das ist ja nicht zum Anhören!)

die Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung für überbetriebliche Einrichtungen des Handwerks um 2,4 Millionen DM zu kürzen, wenn Sie dem mißratenen Hätschelkind des Ministerpräsidenten in Oberhausen jährlich 2 Millionen DM Ausbildungsförderung zusätzlich zur Verfügung stellen? Die Räume sind noch nie benutzt worden; wir haben sie neulich besichtigt.

Was haben wir denn von den 140 Millionen DM für das GranDorado gehabt, was von den 100 Millionen DM für das Ökozentrum Hamm? Was haben wir gehabt von der extensiven Musicalförderung - nur weil der Ministerpräsident Medienmäzen spielen möchte? Wo sind sie geblieben, die zig Millionen für "Stella" und Konsorten? Sie entziehen dem Wirtschaftshaushalt Mittel zugunsten der Städtebauförderung,

(Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper)

(Christian Weisbrich [CDU])

(A) damit wir demnächst in alten Hallen feiern können und eine "Route der Industriekultur" das Land schmückt.

Bei allem Verständnis für die Freude der begünstigten Städte über den Geldsegen zur Unterstützung des Strukturwandels: Wenn Sie glauben, mit solchen Mätzchen den beschleunigten Stellenabbau beispielsweise im Bergbau kompensieren zu können, dann sind Sie schief gewickelt. 15 Millionen DM für 16 Arbeitsplätze und ein bißchen Gastronomie in einer umgebauten Gebläsehalle in Hattingen - das entnehme ich der Regionalpresse. Wer soll denn all die Veranstaltungstempel besuchen? Meinen Sie etwa, "Brot und Spiele für das Volk" könnten den Wegfall von industriellen Arbeitsplätzen kompensieren?

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: "Brot und Spiele"? Das muß die CDU gerade sagen!)

Ich glaube das nicht.

(B) Neue Arbeitsplätze entstehen in unserem Land in ausreichender Zahl nicht in Museen, nicht in Veranstaltungshallen, nicht in subventionierten Kulturwirtschaftsprojekten. Sie entstehen nur im Mittelstand. Reden Sie nicht in Nordrhein-Westfalen von Entlastungen für den Mittelstand, Herr Ministerpräsident, wenn Sie in Bonn seine Belastung abnicken! Hören Sie auf das Handwerk, das am 21. Oktober Umsatzrückgänge aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen beklagt!

Hören Sie auf, die Öffentlichkeit und sich selbst mit überzogenen Erfolgsmeldungen über Firmengründungen zu täuschen! Nordrhein-Westfalen ist nun einmal weit bevölkerungsreicher als jedes andere Bundesland.

(Zuruf des Loke Mernizka [SPD])

Deshalb dürfen Sie fairerweise nicht absolute, sondern nur relative Zuwachszahlen miteinander vergleichen.

(Weiterer Zuruf des Loke Mernizka [SPD])

- Auch wenn es Ihnen nicht paßt: Sie müssen einmal die richtigen Zahlen nehmen!

(Loke Mernizka [SPD]: Das hat nichts mit "Passen" zu tun; das ist Stuß, was Sie reden!)

Bezieht man die Betriebszuwächse auf jeweils 10.000 Einwohner, dann lag Nordrhein-Westfalen auch 1998 weit zurück.

(Roland Appel [GRÜNE]: Vom Strukturwandel und seien besonderen Bedingungen reden Sie überhaupt nicht, die nehmen Sie nicht zur Kenntnis!)

Auf 9 Betriebsgründungen in Nordrhein-Westfalen kamen 10 in Baden-Württemberg, 11 in Rheinland-Pfalz und in Hamburg, 12 im Saarland und in Schleswig-Holstein und sogar 18 in Bayern, von den neuen Bundesländern gar nicht zu reden. Die Spitze hat ausgerechnet Ost-Berlin mit 28. Das ist die Wahrheit vom Statistischen Bundesamt. Nehmen Sie diese Fakten zur Kenntnis!

Wenn Sie uns schon nicht glauben wollen und uns, wie üblich, Schlechtredei unterstellen, glauben Sie es doch wenigstens Ihrer eigenen volkswirtschaftlichen Grundsatzabteilung, die nach Presseberichten vom 2. Dezember 1999 in einer Studie die gesamte Palette unserer Aussagen bestätigt. "Immer wieder Abstand, Rückstand, Schwächen" - so heißt es in einem Pressebericht auf der Grundlage einer Studie, die in Ihrem Hause, Herr Minister, erstellt wurde.

(D) Wenn Sie die Fakten weiter verdrängen, werden wir die Wachstumsschwäche niemals überwinden. Von 1990 bis 1998 sind die Exporte des Landes Nordrhein-Westfalen um 18,5 % gestiegen. In Deutschland insgesamt lag der Zuwachs bei 47,8 %. Und Ihre Reaktion? Man höre und staune: Weil das Exportergebnis für Nordrhein-Westfalen so schlecht ist, kürzen Sie die Außenwirtschaftsförderung von 1997 bis heute um 25,6 %. Ich denke, man kann das Sparen wirklich übertreiben.

Wir haben beantragt, die Kürzungen im Kernbereich des Wirtschaftshaushalts zurückzunehmen, weil sie für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes schädlich sind. Wir wollen ein Förderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfen" für Existenzgründer - ich sage einmal: "außerhalb der Handwerksrolle" - neu auflegen und mit 20 Millionen DM dotieren, weil sich die Meistergründungsprämie, die Sie zur Zeit von Minister Einert noch abgelehnt haben, inzwischen glänzend bewährt hat.

Wegen des Erfolges wollen wir die Meistergründungsprämie nicht kürzen, wie Sie es vorschla-

(Christian Weisbrich [CDU])

(A) gen, sondern von 24 auf 30 Millionen DM aufstocken.

Wir wollen das Beratungsprogramm Wirtschaft von 9 auf 22 Millionen DM aufstocken, um damit wenigstens wieder den Stand von 1997 zu erreichen.

Wir wollen Ihre PR-Kampagnen um 7,3 Millionen DM kürzen und dafür die Mittel zur Förderung der Berufsausbildung im gleichen Umfang aufstocken.

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß für alle Erhöhungsanträge der CDU Deckungsvorschläge gemacht. Sie haben unsere maßvollen Vorschläge dennoch abgelehnt. Das ist Ihr formales Recht, solange Sie die Mehrheit noch haben. Aber es ist unklug, und es schadet den Menschen in unserem Land. Wie heißt es bei Matthäus 7.16:

"An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."

(Beifall bei der CDU - Loke Mernizka [SPD]:  
Pharisäer! - Gegenruf des Heinz Hardt [CDU]: Hat Herr Rau nie gesagt! - Roland Appel [GRÜNE]: "Matthäus-Meyer" müssen Sie sagen!)

(B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klöse:** Meine Damen und Herren, früher wurden hier viel, viel mehr Bibelsprüche zitiert als heute.

Ich darf als nächstem Redner Herrn Kollegen Bischoff für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Jetzt liegt die Latte aber hoch!)

**Werner Bischoff (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Weisbrich, nachdem Sie hier mehr über Zeitungsartikel und über Zeitschriften gesprochen haben, glaube ich, es wäre besser gewesen, wenn Sie sich mehr mit dem vorliegenden Haushaltsplan beschäftigt hätten, als hier nur eine Presseschau vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Für uns als Sozialdemokraten steht fest, daß es zur Haus-

haltskonsolidierung in Nordrhein-Westfalen keine Alternative gibt. Das bedeutet Einschnitte in freiwillige Förderprogramme des Landes. Das hat natürlich zur Folge, daß wir uns damit auch im Wirtschaftshaushalt auseinandersetzen müssen. (C)

Wenn wir uns real anschauen, was im Wirtschaftshaushalt aufgeschrieben ist, und uns noch einmal mit dem beschäftigen, was wir als Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgelegt bekommen haben, dann trifft es zu, daß der Ansatz um 107 Millionen DM auf 2,33 Milliarden DM verringert werden sollte. Wir haben uns mit den Fragen im einzelnen beschäftigt. Wir haben erreicht, daß es hier noch einmal zu Umschichtungen gekommen ist. Insgesamt ist der Wirtschafts-etat damit nur um 98 Millionen DM reduziert worden.

Wir haben uns - das will ich hier sehr deutlich sagen - auf einzelne Schwerpunkte konzentriert. Wir haben versucht, dort Akzente zu setzen, wo es darum geht, die Schaffung von Ausbildungsplätzen und neuen Arbeitsplätzen in unserem Land zu unterstützen.

Wir wollen damit einen Beitrag leisten für einen erfolgreichen Strukturwandel in unserem Land, und zwar immer Strukturwandel in sozialer Verantwortung. Dies ist und bleibt auch vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktsituation die Kernaufgabe der Wirtschaftspolitik. Ich bin sicher, daß dies auch die entscheidende Frage für das Jahr 2000 sein wird. (D)

Wenn wir uns mit der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland beschäftigen, dann ist unverkennbar, daß der Auftragseingang anzieht. Die vorliegenden Halbjahresberichte, die aus den Unternehmen mittlerweile veröffentlicht wurden, machen deutlich, daß wir ein Ansteigen der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Auch in Herbstgutachten ist dies noch einmal nachzulesen. Dies gilt auch für Nordrhein-Westfalen.

Ich bin ausgesprochen froh darüber, daß dies mittlerweile auch den Arbeitsmarkt erreicht hat. Wenn ich mich mit der allgemeinen Arbeitsmarktlage beschäftige und mir speziell die Zahlen in Nordrhein-Westfalen anschau, will ich hier besonders darauf hinweisen, daß zwar immer noch rund 750.000 Menschen keine Arbeit haben, keinen Job haben, daß aber 3,3 % weniger als noch im Vorjahr registriert sind. Besonders wichtig ist, daß die Zahl der jüngeren Arbeitslosen um

(Werner Bischoff [SPD])

- (A) 10,5 % im Vergleich zum Vormonat gesunken ist. Das ist eine gute Entwicklung. Hierauf weisen wir besonders hin.

Positiv ist, daß hier die Maßnahmen - insbesondere das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit - greifen und wir auf gute Ergebnisse hinweisen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein ganz wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Dies ist eine Hauptaufgabe, der wir uns in den Haushaltsberatungen gestellt haben. Wir müssen dafür sorgen, daß ausreichend Lehrstellenangebote in unserem Land vorhanden sind. Ich will hier noch einmal deutlich sagen: Der Name von Wolfgang Clement ist damit verbunden, daß er alles tut, um Ausbildungsplätze in unserem Land einzusammeln. Die Zahlen zeigen, daß diese Politik erfolgreich ist. Steigende Zahlen belegen dies!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will auch darauf hinweisen, daß wir im Rahmen des Ausbildungskonsenses in Nordrhein-Westfalen 36 Millionen DM zur Verfügung stellen. Deswegen sind Sie, Herr Weisbrich, hier mit falschen Zahlen angetreten. Dies macht gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 2 Millionen DM aus. Sie können irgendwann auch einmal die Ahnenkette von Haushaltstiteln aufmachen, um ihre Kürzungen zu begründen. Das hat aber nichts mit der aktuellen realen Situation zu tun.

Ich komme auf die Förderung von Gründungen im Handwerk zu sprechen und darf darauf hinweisen, daß wir im Mittelstand gute Ergebnisse haben und daß diese mittelstandsorientierte Politik in Nordrhein-Westfalen auch Früchte trägt, die sich im Vergleich zu anderen Ländern sehr wohl darstellen lassen.

Was die Gewerbeförderung zugunsten des Handwerks angeht, liegen wir in der Spitzenposition im Vergleich zu allen anderen deutschen Ländern. Mit über 70 Millionen DM haben wir im Jahre 1998 wieder mit Abstand an der Spitze dieser Rangliste der deutschen Länder gestanden. Unsere Angebote für das Handwerk sind in Deutschland nahezu einmalig.

Dies wird auch deutlich an den Zahlen der Unternehmensgründungen und der Betriebsübernahmen, die rasant gestiegen sind.

Ich darf darauf hinweisen, daß von 1995 bis 1999 4.772 Betriebe gefördert wurden und daß wir allein durch diese Maßnahme rund 16.000 Arbeitsplätze sichern bzw. neu schaffen konnten.

Auch wenn es Ihnen weh tut, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen und immer wieder negieren: Es ist eine Tatsache, daß die Gründungsoffensive "GO!" eine Erfolgsstory ist und daß sie eindrucksvoll belegt, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Gründungsoffensive, meine Damen und Herren, haben wir es erreicht, daß von 1996 bis 1998 400.000 Unternehmensgründungen und damit 800.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen neu entstanden sind. Das sind Zahlen, die Sie sich einmal vergegenwärtigen müssen, und Sie sollten sie nicht immer schlechtreden.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich haben wir einen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen, aber dieser Strukturwandel muß von uns sozial beherrscht werden. Dazu sage ich: Da sind wir Experten, da kommen Sie nicht dran, und da können Sie meckern, soviel Sie wollen. Diese Bilanz ist absolut spitze!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Herr Weisbrich, ich will Ihnen noch eine weitere Zahl nennen, damit Sie es sich auch noch einmal vergegenwärtigen: Wir haben die Anzahl der Existenzgründungen in den letzten drei Jahren weiterhin steigern können. Wir haben bundesweit eine Steigerungsrate von 0,6 %. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 6,9 %. Das heißt: Wir haben damit 1998 die besten Gründungszahlen der letzten 50 Jahre aufzuweisen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich von Zahlen rede, dann will ich natürlich auch darauf hinweisen, daß wir uns mit dieser Bilanz im Vergleich zu allen anderen Ländern darstellen können. Ich will auf einen Bereich eingehen, der uns besonders am Herzen liegt: Wir haben in diesen Einzelplan 08 die Etatisierung einer Mittelstandsoffensive Nordrhein-Westfalen

(C)

(D)

(Werner Bischoff [SPD])

- (A) neu aufgenommen, und wir haben dafür Mittel in Höhe von 5 Millionen DM eingestellt.

Ich sage hier sehr deutlich: Wir begrüßen diese Maßnahme nachdrücklich, und wir sind sicher, daß wir damit den Grundstein für eine Offensive gelegt haben, die eine ähnliche Erfolgsstory werden kann, wie ich es bei der Gründungsoffensive "GO!" gerade dargestellt habe.

Und wenn ich hier diesen Optimismus vortrage, dann basiert er natürlich darauf, daß diese Offensive von den Kammern, von den Wirtschaftsverbänden, von den Gewerkschaften und von der Arbeitsverwaltung angenommen wird und daß wir damit ein breites Fundament schaffen, um dieser Gründungsinitiative und dieser Mittelstandsinitiative zum Erfolg zu verhelfen. Dieses hier als eine PR-Kampagne der Landesregierung zu bezeichnen, ist wirklich üble Schlechtrederie. Das ist reine Polemik und geht total an den Realitäten vorbei!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, daß wir in Nordrhein-Westfalen alles tun müssen, damit der Wirtschaftsstandort auch von seiner industriellen Substanz her weiterhin gefördert wird.

(B)

Ich will insbesondere darauf hinweisen, daß wir in Nordrhein-Westfalen sehr viele Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, um diesen Strukturwandel zu unterstützen, den wir insbesondere im Bereich der Steinkohle, des Stahls und in vielen anderen Branchen unseres Landes zu bewältigen haben. Ich will darauf hinweisen, daß wir allein für den Steinkohlebereich aufgrund des Kohlekompromisses 1,2 Milliarden DM an Vorsorge zu treffen haben. Um diesen Strukturwandel sowie die Menschen, die diesen zu ertragen haben, zu begleiten, stellen wir in einem weiteren Einzelplan - nämlich im Einzelplan 15 - erhebliche Mittel zur Qualifizierung und zur Umschulung der Arbeitnehmer zur Verfügung.

Daraus wird deutlich: Wir sind auf dem richtigen Weg, und wir versuchen, mit diesem Haushaltsplan und der Prioritätensetzung in diesem Haushaltsplan die positive Wirtschaftsentwicklung in unserem Lande weiter zu fördern und zu unterstützen. Dies lassen wir uns von Ihnen auch nicht schwarzreden. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile als nächster Rednerin Frau Kollegin Landsberg für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(C)

**Alexandra Landsberg (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in dieser Legislaturperiode im Plenum zum letzten Mal über den Einzelplan 08. Ich möchte das zum Anlaß nehmen, auch ein wenig auf die Legislaturperiode zurückzuschauen, um zu gucken, was wir in den letzten Jahren für die Menschen und die Wirtschaft in diesem Land bewegt haben. Was war gut? Was sind aber auch Themen, die uns weiterhin begleiten werden?

Das erste große Projekt dieser Legislaturperiode war sicherlich - dies hat Herr Bischoff soeben ausführlich angesprochen - die gemeinsame Gründungsoffensive "GO!", die wir schon 1995 auf den Weg gebracht haben. Die Gründungsoffensive führte in der Folge zu einem Run auf die Beratungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen; ich bin mir sicher, daß sich daran auch noch die CDU-Kollegen erinnern werden.

Nach der Studie des Instituts für Mittelstandsforschung steigerte sich die Zahl der Unternehmensgründungen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1996 - also in der Folge - und 1998 um 5,9 %, um einmal die Prozentzahl zu nennen, Herr Weisbrich.

(D)

Im Durchschnitt der alten Bundesländer stieg die Zahl der Gründungen dagegen lediglich um 1,8 %. Das heißt: Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ist durchweg besser. Wir können heute zufrieden sagen: Selbständigkeit ist für die Menschen in unserem Land jetzt eine Berufsalternative, die sie bei ihrer Berufswahlentscheidung mit einbeziehen.

Nordrhein-westfälische Gründungen sind im Bundesvergleich aber auch überdurchschnittlich erfolgreich. Damit das so bleibt, stocken wir im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2000 die Mittel für die Beratungsförderung um 4,5 Millionen DM erneut auf das Niveau von 1999 auf. Wir wollen nämlich nicht einfach nur mehr Gründungen, sondern wir wollen auch mehr rentable Unternehmen. Dazu gehört eben auch, daß man Gründungsinteressierten abrät, wenn die Gründung wenig Aussicht auf Erfolg hat.

(Alexandra Landsberg [GRÜNE])

- (A) Frauen stellen in der Kampagne zur Gründungs-offensive eine gleichberechtigte Zielgruppe dar. Mit dem Existenzgründungsprogramm für Frauen eröffnet die Landesregierung den Frauen zudem Förderungsmöglichkeiten, die ihre spezifische Gründungssituation besser berücksichtigen als herkömmliche Programme. Der Anteil der Existenzgründerinnen konnte so von 27 % 1996 auf 31 % 1998 gesteigert werden.

Wir GRÜNEN sind besonders stolz darauf, daß die Gründungs-offensive auch ein Erfolg für die Frauen in diesem Land ist.

Frauen wurden als Zielgruppe der Wirtschaftspolitik unter der rot-grünen Landesregierung insgesamt gestärkt. Wir haben die Regionalstellen "Frau und Beruf" zu einer landesweiten Einrichtung gemacht. Sie wurden zudem von der Modell-in die Regelförderung überführt.

Neben dem Existenzgründerinnen-Programm und den Dienstleistungspools haben wir darüber hinaus jedes Jahr 4 Millionen DM für die Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" bereitgestellt. Die Landesinitiative unterstützt Frauen und Mädchen bei der Eröffnung gewerblich-technischer Berufsfelder. Die im Rahmen der Landesinitiative entstandenen Frauenberatungsstellen bei den Kammern sind dort heute voll integriert.

(B)

Vor Ort sind außerdem eine Vielzahl von Projekten entstanden, die dezentral zur Verbesserung der Situation beitragen. Die Transferstelle "Frau in Beruf und Technik" in Castrop-Rauxel gewährleistet die systematische Ausweitung solcher innovativen Projekte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, daß diese positive Beurteilung der Landesinitiative von allen Landtagsfraktionen offensichtlich geteilt wird und wir die Wiederaufstockung dieses Programmes in diesem Haushaltsjahr auf 4 Millionen DM im Wirtschaftsausschuß einstimmig vornehmen konnten. Ich verbinde damit die Hoffnung, daß die Landesinitiative auch nach den nächsten Landtagswahlen noch Bestand haben wird.

Im kommenden Jahr muß die Landesregierung die Stabilisierung und das Wachstum der bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen weiter ausbauen. Nicht die Ansiedlung neuer Großunternehmen wird das Beschäftigungsproblem lösen.

Arbeitsplätze entstehen heute weitgehend in den kleinen und mittleren Unternehmen. Darum muß die Bestandspflege und Entwicklung in den kommenden Jahren eine ganz neue Bedeutung erhalten. Die Mittelstandsoffensive, die der Wirtschaftsminister am 2. Dezember angeschoben hat, wird hier hoffentlich Meilensteine setzen. Die Mittelstandsoffensive muß das Eigenkapitalproblem der kleinen und mittleren Unternehmen verringern. Sie muß die Regelung von Betriebsnachfolgen erleichtern, und sie soll auch die regionale Kooperation zwischen den Unternehmen einer Branche deutlich verbessern.

(C)

Die wirtschaftliche Begleitung des Strukturwandels, vor allem im Ruhrgebiet, aber auch im Raum Mönchengladbach/Krefeld und im Kreis Heinsberg wird für die kommenden Jahre weiterhin von zentraler Bedeutung sein. Im Rahmen der Haushaltsberatungen möchte ich in diesem Zusammenhang hervorheben, daß die kommende Programmplanungsperiode der EU von 2000 bis 2006 voraussichtlich die letzte volle EU-Förderperiode sein wird. Damit wächst der aktuellen Programmplanungsperiode auch die Aufgabe zu, die NRW-Förderregionen für eine subventionsfreie Zukunft fit zu machen. Das ist keine leichte Aufgabe. Es erfordert möglichst kurzfristig eine schonungslose Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in den vom Strukturwandel berührten Regionen in Nordrhein-Westfalen. Das Abschneiden liebge-wordener Zöpfe wird sich dann nicht mehr vermeiden lassen.

(D)

Wir GRÜNEN haben dazu im Sommer den ersten Schritt gemacht. In unserem Konzept zur Belegung des Strukturwandels im Ruhrgebiet haben wir nicht nur gezeigt, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets immer weiter hinter dem übrigen NRW zurückbleibt; wir haben auch gezeigt, woran der Strukturwandel im Ruhrgebiet krankt und wie er auf neue Beine gestellt werden kann.

Im Ruhrgebiet sind in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Projekten und Infrastrukturmaßnahmen im weitesten Sinne finanziert worden. Damit besteht eine gute Basis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Es kommt nun entscheidend darauf an, das Kommunikations- und Kooperationsdefizit im Ruhrgebiet zu beheben. Die Zeit des großen Geldes ist vorbei. Was wir jetzt brauchen, sind Branchennetzwerke. Wir brauchen ein kreatives Milieu für die Transferstei-



(Alexandra Landsberg [GRÜNE])

- (A) len. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über die wirtschaftlichen Perspektiven des Ruhrgebiets, um potentiellen Existenzgründern und Existenzgründerinnen Handlungsfelder für ihre wirtschaftliche Betätigung zu eröffnen.

Wir brauchen in Zukunft viele kleine Maßnahmen, um die Wirtschaftsstruktur zu stabilisieren. Dabei kommt der reformierten regionalisierten Strukturpolitik eine hohe Bedeutung zu. In diesem Rahmen kann das Programm "Örtliche und regionale wirtschaftspolitische Initiativen", so klein es auch ist, Unterstützung bei der Entwicklung regionaler Projekte anbieten. Wir haben das Programm für das Jahr 2000 von 250.000 DM auf 750.000 DM aufgestockt. Es gilt nun, die Förderung von Projekten insgesamt, also auch bei den großen Programmen, bei dem Ziel-2-Programm etwa, in höherem Maße auf regionale kommunikationsorientierte Maßnahmen umzustellen. Der erste Arbeitsmarkt muß stärker in den Vordergrund treten. Nur so können wir einen Kahlschlag arbeitsmarktpolitischer Projekte und Folgekostenruinen verhindern, wenn nach 2006 die Gelder ausgehen. Die Landesregierung hat nun sieben Jahre lang Zeit, die Pflänzchen zu säen, die in Zukunft auch mit weniger Fördermitteln zu mehr Arbeitsplätzen führen können.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen stellt uns vor größere Herausforderungen als vielleicht in Bayern oder Baden-Württemberg. Wir arbeiten unter schwierigeren Ausgangsbedingungen. Das wissen wir schon lange. Das wissen Sie auch selbst, Herr Weisbrich. Meiner Meinung nach ist deswegen der pauschale Vergleich mit allgemeine Vergleich der Arbeitslosenquote zu anderen Ländern in dieser und jener Größenordnung für die Überlegung, was nun passieren muß, sicherlich interessant, aber nicht das einzige, das man sehen muß. Man muß sich auch eine Entwicklung angucken.

Ich meine, daß die CDU auch in Wahlkampfzeiten etwas mehr konstruktive Zusammenarbeit und etwas problemgerechtere Kritik zeigen sollte. Die Entwicklung eigener Konzepte für die Bürgerinnen und Bürger, die ich heute sehr vermißt habe, kann man doch wohl erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile dem Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herrn Steinbrück, das Wort. (C)

**Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Weisbrich, das war wieder eine Oppositionsrede aus dem Zettelkasten. Da sind dann einfach Zahlen zusammengestellt worden - aus den Zusammenhängen und aus den Bezügen herausgerissen. Es durfte auch kein Klischee fehlen: HDO mußte natürlich vorkommen, auch die vermeintliche Präferenzierung von Großprojekten in Nordrhein-Westfalen. Offenbar sind vergleichbare Großprojekte in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen ganz anders zu beurteilen.

- Dann kam noch etwas Tremolo dazu, als ob die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes gefährdet sei. Wenn das Wachstum gut läuft, dann ist es die Wirtschaft, die dafür verantwortlich ist, wenn das Wachstum nicht so gut läuft, dann ist es natürlich die Landesregierung. Das Ganze wird mit ein paar Adjektiven wie "abartig" verpackt, und schon haben wir die Oppositionsrede fertig nach dem Motto: Warum soll ich mir meine Klischees durch Fakten kaputt machen und eine etwas differenziertere Rede halten? (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich finde, daß bei allen Nöten in einer solchen Haushaltsdebatte - auch mit Blick auf einen Wahlkampf, der bevorsteht - das Parlament und auch unsere gemeinsamen wirtschafts- und strukturpolitischen Interessen eine etwas differenzierte Oppositionsrede zum Einzelplan 08, was den Wirtschaftsteil betrifft, verdient hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber kann man in einen trefflichen Streit gehen. Wo ich aber den Eindruck habe, daß es gefährlich wird, das sind die Passagen Ihrer Rede, wo Sie anfangen, das Land zu verzeichnen, wo Sie das Land ja nicht nur mit Blick auf die handelnde Landesregierung, sondern vor allen Dingen auch mit Blick auf die Leistungen, mit Blick auf den Stolz, auf die Gemeinschaftsleistungen, den Gemeinsinn der Partner, die ja für Wirtschaft und

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Struktur in Nordrhein-Westfalen erfolgreich verantwortlich sind, treffen. Denn wir sind ja in vielen Bereichen nicht allein die Akteure. Im Gegenteil: Wir haben es in den letzten Jahren - wie ich finde - sehr erfolgreich geschafft, in vielen Bereichen die unterschiedlichsten Akteure dieses Landes zusammenzubinden, und haben dabei eine erfolgreiche Wegstrecke zurückgelegt.

Ihr Dilemma ist: Weil Sie natürlich der Landesregierung den Erfolg bestreiten müssen, hauen Sie die anderen gleichzeitig mit in die Pfanne - bei der Gründungsoffensive "GO!" die Gewerkschaften, die Kammern, die Handwerkskammern genauso wie die Industrie- und Handelskammern, die Landesarbeitsverwaltung, die verschiedenen Wirtschaftsförderer.

Dasselbe passiert Ihnen natürlich auch beim Ausbildungskonsens. - Dasselbe passiert Ihnen auch bei der Mittelstandsoffensive. Nach einer glänzenden Eröffnungsveranstaltung vor wenigen Tagen bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als zu sagen: Die 5 Millionen DM sind eine PR-Kampagne. Das ist natürlich Quatsch und die Wiederholung eines Klischees, das Herr Diegel schon bei der ersten Lesung des Haushalts vorgetragen hat. Sie wissen, daß diese 5 Millionen DM eingesetzt werden, um zu ähnlichen regionalen Netzwerken zu kommen wie bei der erfolgreichen Existenzgründungs-offensive "GO!". Aber "PR-Kampagne" ist ja auch für die Galerie etwas spektakulärer, nach dem Motto: Das dient der Selbstbeweihräucherung der Landesregierung. Sie wissen es besser, aber Sie bringen es trotzdem. Sie können über diese intellektuelle Hürde einfach nicht hinwegspringen: zuzugeben, daß das eine sehr vernünftige Veranstaltung ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Dasselbe müßten Sie bei der regionalisierten Strukturpolitik zugeben, die sehr erfolgreich läuft. Dasselbe müßten Sie zugeben bei den diversen Brancheninitiativen. Ich nehme Sie gern einmal mit: zur Zitex, zur Via, also zur Automobilzulieferindustrie, zur ostwestfälischen Möbelindustrie - was wir da alles gemeinsam auf die Beine stellen! Dasselbe gilt für die verschiedenen Technologie-Initiativen.

Ihr Dilemma ist: Sie müssen die Landesregierung treffen. Aber Sie haben dabei nicht mehr im Blickfeld, daß Sie damit gleichzeitig die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Akteure in Nordrhein-

Westfalen mit ihren diversen sehr erfolgreichen Aktivitäten treffen. Deshalb führe ich Ihre Rede gern als Versandpost bei denjenigen vor, die in Nordrhein-Westfalen gemeinsam in einem Boot sitzen.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen folgt manche Oppositionsrede sehr dem Muster eines politischen Alzheimers. Ich kenne in der Tat einen Mann, der seinen Haushalt rasant heruntergefahren hat, und zwar in einem sehr wichtigen Zukunftsbereich. Ich kenne einen Mann, der den Anteil seines Einzelplans am Gesamthaushalt dramatisch heruntergefahren hat, was Sie mir gerade zum Vorwurf machen. Dieser Mann ist der Landesvorsitzende der CDU. Der ist einmal als "Mister Zukunft" gestartet und ist als Mister Vergangenheit angekommen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das müssen Sie sich einmal vorstellen: Derjenige, der uns hier den Rang streitig machen will, hat es geschafft, seinen Anteil am Gesamthaushalt des Bundes innerhalb von wenigen Jahren von 4,7 % auf 3,2 % sinken zu lassen. Das ist eine sechsstellige Millionensumme, die der Mann im Bereich von Forschung und Bildung drangegeben hat. Der Mann, der zum Beispiel in der Lage gewesen ist, die Bildungsausgaben zwischen 1995 und 1998 um 1,5 Milliarden DM sinken zu lassen, ist Ihr Landesvorsitzender der CDU. Das geschah übrigens zu einem Zeitpunkt, zu dem die hiesige SPD-geführte Landesregierung die Bildungsausgaben um 2,5 Milliarden DM gesteigert hat.

(C)

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

Und nun kommen Sie zu mir und sagen, das Sinken der Wirtschaftsmittel im Einzelplan 08 sei der Einbruch in Nordrhein-Westfalen. Sie leben davon, Herr Weisbrich, daß Sie sich selber nicht eine partielle, sondern eine totale Amnesie verordnen, um hier solche Reden zu halten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Verwechseln Sie bitte in diesem Zusammenhang "Amnesie" nicht mit "Amnestie". Denn die bekommen Sie mit Blick auf diese Ihre Rede nicht.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Zutreffend ist, daß der Wirtschaftshaushalt sinkt. Das bestreite ich gar nicht. Aber der Blick auf das einfache Zahlenwerk ist zu flach. Ich möchte Sie darauf hinweisen: Ein großer Teil der Kürzungen hängt damit zusammen, daß allein die Kohlehilfen um 35 Millionen DM sinken, weil 1999 noch eine Nachzahlung von 35 Millionen DM für den abgelaufenen Kohleplafonds zu leisten war. Das fällt natürlich im Jahr 2000 nicht mehr an. Ehrlicherweise hätten Sie so etwas als Einmalzahlung oder als Nachzahlung herausrechnen müssen. Dann kommen Sie schon zu einem ganz anderen Zahlenwerk.

Aber richtig ist zugegebenermaßen auch: Wir haben einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Und da mache ich wirklich kein freundliches und fröhliches Gesicht. Der Wirtschaftshaushalt im Einzelplan 08 ist daran beteiligt, die Mehrausgaben in anderen Bereichen zu refinanzieren. Ich gebe uneingeschränkt zu, daß mich das bekümmert.

Für das gesamte Plenum gesagt: Zu einem gewissen Anteil zahlt der Einzelplan 08 jede zusätzliche Lehrerstelle mit. Weil wir dem Finanzminister nicht überantworten können, in vollem Ausmaß z. B. die Lehrstellen zusätzlich zu finanzieren, muß er versuchen, an anderer Stelle Refinanzierungsmittel zu besorgen. Und diese findet man in den disponiblen Bereichen, und mein Haushalt gehört mit den zu den stark disponiblen - auch investiven - Bereichen. Da haben wir schnell Einigkeit, daß ich mit Ihnen gemeinsam das große Risiko sehe, daß die Investitionsquote des Landeshaushalts durch diese Entwicklung meines Einzelplans negativ betroffen wird. Das ist eine Entwicklung, der ich gern gemeinsam mit Ihnen auf allen Seiten dieses Hauses entgegenwirken möchte.

Es gilt aber nach wie vor positiv zu vermerken: Die Meistergründungsprämie, dieses erfolgreiche Instrument, wird weiter eingesetzt werden können, übrigens auch in der Dimension von 30 Millionen DM, wie Sie es gefordert haben. Wir werden nämlich zusätzlich 6 Millionen DM aus EU-Mitteln einstellen können. Ich freue mich, daß die Verbraucherberatung auf dem bisherigen sehr hohen Niveau gehalten werden kann.

Ich freue mich, daß es nach Verabschiedung des Haushalts im Kabinett zu einer "Feuerwehraktion" im Zusammenhang mit den möglicherweise be-

troffenen Zulieferern und Subunternehmern von Philipp Holzmann gekommen ist. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist ja offenbar mühsam gewesen, Ihnen im Haushalts- und Finanzausschuß beizubringen, daß diese Millionen nicht für Philipp Holzmann sind, sondern für die mittelständischen Unternehmen, die möglicherweise in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, auch noch im Rahmen der notwendigen Konsolidierung des Philipp-Holzmann-Konzerns.

Ich freue mich sehr, daß wir in der Lage gewesen sind, mit vielen Partnern eine Mittelstandsoffensive in Gang zu setzen. Dafür sind diese 5 Millionen DM. Sie mögen weiter über das Land mit dem Motto laufen: Das sind PR-Mittel. Sie wissen es eigentlich besser. Daher wäre ich Ihnen manchmal für eine gewisse Aufrichtigkeit in der Darstellung dankbar.

Unter dem Strich bleibt: Das Land Nordrhein-Westfalen ist in der Handwerksförderung nachweisbar nach wie vor die Nummer 1 in der ganzen Republik.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Wir liegen weit vor Bayern, und wir liegen weit vor Baden-Württemberg. Die können sich alle verstecken gegenüber unseren Anstrengungen. Das betrifft nicht nur unsere Anstrengungen, die haushaltsmäßig in Förderprogrammen unterlegt sind - nach wie vor in der Dimension von ungefähr 70 Millionen DM -, sondern auch die politischen Dienstleistungen, die wir organisieren. Ich wünschte mir von Ihnen an der einen oder anderen Stelle auch einmal eine faire Darstellung der Entwicklung in den letzten Jahren.

Meine Neigung ist groß, Ihnen jetzt mit einer Wirtschaftsstatistik zu kommen. Ich will mich beherrschen und auf einige wenige Punkte beschränken. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist seit Anfang der 90er Jahre deutlich geringer als in anderen westdeutschen Ländern einschließlich Bayern und Baden-Württemberg. Die Anzahl der langzeitarbeitslosen Jugendlichen ist im Vergleich zum Vorjahr um 40 % gesunken. Die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren ist um 10 % gesunken. Wir

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) haben insbesondere bei der Selbständigenzahl eine Entwicklung wie in keinem anderen Land - plus 11 %. Das heißt, die Selbständigenquote in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren von 8,7 % auf 9,4 % gestiegen. Das ist doppelt so viel wie in den alten Bundesländern. Dies ließe sich fortsetzen.

Ich wäre dankbar, Herr Weisbrich, wenn wir im nächsten Jahr, wenn Sie wieder als Oppositionsredner meinen Einzelplan 08 behandeln, vielleicht in eine etwas differenziertere Debatte einsteigen könnten. Richtig ist - Frau Landsberg hat das schon gesagt -: Aus Ihrem Beitrag ist kein Gegenprofil der CDU deutlich geworden. Ich weiß gar nicht, worin Ihr Gegenangebot besteht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe eher die Befürchtung, daß der Landtagswahlkampf langweilig werden könnte, weil Sie nicht in Wettbewerb mit uns eintreten können.

(Beifall bei der SPD)

Das habe ich auch bei dem Papier von Herrn Rüttgers vom September dieses Jahres festgestellt. Es ist in allen fünf Punkten bei uns abgeschrieben. Da hätte ich gern Tantiemen gehabt für all das, was er aufschreibt und was die Landesregierung schon macht.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Ich will das Problem der CDU zusammenfassen: Wir haben Ihnen - der Ministerpräsident an der Spitze, und ich bemühe mich - in der wirtschaftspolitischen Kompetenz den Rang abgelaufen, und diesen Vorsprung behalten wir. Darauf können Sie sich verlassen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, liegen weitere Wortmeldungen zu diesem Teilbereich vor? - Das sehe ich nicht. Dann kann ich diesen **abschließen**.

Ich rufe den Teilbereich

#### b) Verkehr

auf und darf als erstem Redner Herrn Kollegen Langen für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

**Günter Langen (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema "Verkehr" hat in der Landespolitik in diesen Tagen eine ganz besondere Brisanz, eine Brisanz, die nicht mit dem Einzelplan 08 im Landeshaushalt 2000 zusammenhängt, sondern mit den Mobilitätswünschen von Mitgliedern der Landesregierung. Besondere Zuneigung bestand in den Reihen des Kabinetts zum Verkehrsmittel Flugzeug. Auch ehemalige Kabinettsmitglieder wie unser früherer Ministerpräsident Johannes Rau sollen ihren aktiven Beitrag zu einer aktiven Luftverkehrspolitik des Landes geleistet haben.

(Beifall bei der CDU)

Bisher hatte ich allerdings gedacht, daß es dem Ministerpräsidenten darum ginge, die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen und die nötige Infrastruktur zu fördern. Jetzt scheint es so zu sein, daß das "Reisebüro WestLB" die Luftbewegungen von Kabinettsmitgliedern gesponsert hat und dies unter aktiver Luftverkehrspolitik verstanden werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn diese dann die unsanfte Landung auf dem Boden der Wirklichkeit hinter sich haben, müssen sie leider auch hier unliebsame Beobachtungen machen; denn auf den Straßen und Schienen in NRW geht es nicht so gut voran wie durch die Lüfte mit der WestLB.

Hunderttausende ärgern sich zwischen Aachen und Minden, Siegen und Münster, Köln und Brilon täglich über Dauerstaus auf Autobahnen, verstopfte Städte, verspätete Bahnen und ausfallende Züge. Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen vernichtet allein in den Staus auf unseren Straßen volkswirtschaftliches Vermögen von etwa 40 Milliarden DM jährlich. Bundesweit sind es sogar 200 Milliarden DM.

Gerade heute um 9 Uhr auf WDR 2 gab es 40 Meldungen - ich habe sie mir heute morgen ausdrucken lassen - und damit auf unseren Autobahnen einen Stau von 302 km. Schuld an diesen Zuständen ist vor allem die verfehlte Verkehrspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Günter Langen [CDU])

(A) Ich will das auch begründen. Über Jahre hinweg hat der frühere Landesverkehrsminister Zöpel die Planung von Autobahnteilstücken in Nordrhein-Westfalen durch die Landschaftsverbände nach Kräften blockiert. Die Folge war, daß der Bund noch Anfang der 90er Jahre immer mehr in anderen Bundesländern investierte. Dort hatten die Landesregierungen im Gegensatz zu Rau und Zöpel ein Interesse an fließendem Verkehr und funktionierender Infrastruktur. Schon damals hieß es zu Recht: Mit Rau im Stau.

Und wie sieht es mit den Bundesmitteln für Autobahninvestitionen und Bundesstraßen bei der neuen rot-grünen Bundesregierung aus? Während für unser Land 1994 noch 694,5 Millionen DM zur Verfügung standen, hat Herr Müntefering in seiner Verantwortlichkeit die Mittel für das Jahr 2000 auf 412,3 Millionen DM reduziert. Für das Jahr 2003 sind sage und schreibe noch 158 Millionen DM vorgesehen.

Dadurch ist auch die damals so groß gefeierte Vereinbarung zwischen Wissmann und Clement mit der wichtigen Erschließung für das Ruhrgebiet zu Makulatur geworden. Zu Recht hat Herr Minister Steinbrück in seinem Brief auf diese katastrophale Situation hingewiesen. Aber es war zu spät - und mit welchem Erfolg?

(B) Nachdem sich Herr Zöpel Anfang der 90er Jahre aus Nordrhein-Westfalen verabschiedet hatte, übernahmen die GRÜNEN die Rolle des Ausbremsers. Mit Ideologie bekämpft man aber keine Staus, meine Damen und Herren!

(Roland Appel [GRÜNE]: Ach!)

Das geht nur durch Einsatz moderner Technik, eine intelligente Vernetzung aller Verkehrsträger und die Beseitigung von Engpässen in den bestehenden Verkehrsnetzen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was seit Jahren in Nordrhein-Westfalen geschieht, ist verantwortungslos gegenüber den Menschen, der Wirtschaft und der Umwelt.

(Beifall bei der CDU)

Durch den Bau von Ortsumgehungen, die Beseitigung von Staupunkten und Engpässen könnten nicht nur die Menschen in vielen Städten und Gemeinden des Landes von Lärm und Gestank befreit werden, sondern die Wirtschaft könnte ihre Entwicklungschancen wahrnehmen und end-

lich mehr Arbeitsplätze schaffen. Die Umwelt würde auch davon profitieren, weil jedes Jahr tonnenweise Treibstoff in Staus durch die Auspuffe von Pkws und Lkws in die Luft gepustet werden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Wenn die abgestellt werden, profitiert die Umwelt noch mehr, Herr Kollege!)

- Hören Sie bitte einmal zu, Herr Kollege!

Die CDU-Fraktion hat im Sommer die Landesregierung aufgefordert, endlich die Augen zu öffnen und den Landesstraßenbedarfsplan fortzuschreiben. Das ist, wie Sie wissen, mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt worden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Der Herr Ministerpräsident greift statt dessen zur virtuellen Verkehrspolitik. Statt die tatsächlichen Probleme zu lösen, schaltet er auf Visionen um, er schwelgt in Träumen rund um den Transrapid, diesmal nicht mit der NRW-Perspektive, sondern mit einer Länderinitiative, nachdem die Diskussion im Grunde gelaufen ist. Im Sommer, als es darum gegangen wäre, in der Bundes-SPD die Signale für den Transrapid auf Grün zu stellen, war er wieder einmal nicht da - und das, obwohl der Bundesverkehrsminister damals noch aus Nordrhein-Westfalen kam. Deshalb ist es für ihn viel angenehmer, jetzt Presseerklärungen abzugeben, denn nun geht es nur noch ums Image, nicht um harte Fakten. Ich bin gespannt, wann Sie uns Kapitel 3 der virtuellen Verkehrspolitik präsentieren werden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie machen die Story!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen dagegen mit unseren Haushaltsanträgen die realen Weichen auf Zukunft stellen.

(Loke Mernizka [SPD]: Da kann man nur lachen!)

Die Zeit der Zukunftsverweigerung in Nordrhein-Westfalen muß ein Ende haben. Wir fordern daher - erstens -, die Erhaltungsinvestitionen für Landesstraßen auf 140 Millionen DM aufzustocken. Das ist übrigens genau der Ansatz, den Ihr Verkehrsminister für notwendig hält, damit es nicht immer weiter heißt: "Straßenschäden - Durchfahrt verboten."

(C)

(D)

(Günter Langen [CDU])

- (A) Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Brandbrief der Industrie- und Handelskammern unseres Landes, daß 11 % der Landesstraßen aus Sicherheitsgründen sofort zu reparieren seien. Auch wiederhole ich gerne noch einmal die Aussage des Kollegen Rimmel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daß für Reparaturen und Unterhalt der Straßen eigentlich jährlich 270 Millionen DM benötigt würden. Wir fordern daher - zweitens - die Bereitstellung von 180 Millionen DM für den Landesstraßenneu- und -ausbau.

Ich will noch einmal die Haushaltsansätze der letzten Jahre ins Gedächtnis rufen, für die Rot-Grün verantwortlich war: 1996 129,5 Millionen DM, 1997 119,5 Millionen DM, 1998 112,4 Millionen DM und 1999 100 Millionen DM. Grundlage des Landesstraßenbedarfsplanes waren jedoch wenigstens 200 Millionen DM pro Jahr.

Wer heute bei der SPD feiert, daß er es geschafft hat, die 150 Millionen DM aus dem Haushaltsentwurf von Herrn Steinbrück über die Hürden der Koalition mit den Grünen zu retten, der sollte sich fragen lassen, warum er es feiert, wenn sich die GRÜNEN ausnahmsweise einmal an den Koalitionsvertrag halten.

- (B) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Verkehrspolitik der Landesregierung hat sich über die letzten fünf Jahre hinweg als ein Torso erwiesen. Zukunftsverweigerung trotz schöner Reden von Herrn Clement - das ist die Wirklichkeit. Bezeichnend dafür ist die Reaktion von Rot-Grün auf die Dauerstaus, die ich vorhin zitiert habe. Ich sage es noch einmal: 40 Meldungen mit 302 Kilometern Stau, heute morgen 9 Uhr WDR 2.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Holland hat diese Staus jeden Tag! - Loke Mernizka [SPD]: Hast du heute morgen Hessen gehört? Hast du den Süddeutschen Rundfunk gehört?)

- Es ist ja beispielhaft, Herr Kollege, es ist doch nicht nur heute so.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit zu Ende ist.

**Günter Langen (CDU):** Ich bin Ihnen dankbar dafür und komme auch zum Ende, will aber wenig-

stens noch festhalten dürfen, daß Ihre Reaktion auf diese Staus daraus besteht, die Mittel für den Radwegebau zu erhöhen. (C)

(Roland Appel [GRÜNE]: Das sind Initiativen!)

Meine Damen und Herren, wer so mit den Bürgern unseres schönen Landes umgeht, wird die Quittung erhalten, spätestens am 14. Mai 2000. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hunger das Wort.

**Heinz Hunger (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Polemisierung gegenüber der Landesregierung will Herr Kollege Langen natürlich bewußt von den Skandalen und Problemen ablenken, die in dieser Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig immer offenkundiger werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Langen, ich kann Ihnen jenseits jeder verkehrspolitischen Diskussion nur sagen: Das wird Ihnen nicht gelingen. (D)

Herr Langen, Sie haben zum Landtag Nordrhein-Westfalen einen langen Anfahrtsweg. Deshalb empfehle ich Ihnen, nicht nur WDR 2 zu hören, sondern auch noch den Hessischen Rundfunk, den Norddeutschen Rundfunk, den Süddeutschen Rundfunk. Wenn Sie das tun, werden Sie feststellen, wie z. B. die Verkehrssituation rund um München, um Stuttgart und sonstwo aussieht. Lassen Sie doch solche Argumente, mit denen Sie von den wirklichen Problemlagen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Verkehrspolitik schlechthin haben, ablenken wollen. Das war meine Vorbemerkung.

Mit einer Mär müssen Sie einmal Schluß machen: Herr Zöpel ist schon lange kein Minister in Nordrhein-Westfalen mehr; aber wir können - wie ich das hier von dieser Stelle aus schon des öfteren gesagt habe - nachweisen, daß jede Million DM, die aus anderen Bundesländern zurückgeflossen ist und die Nordrhein-Westfalen für Verkehrsinvestitionen bekommen konnte, umgesetzt

(Heinz Hunger [SPD])

(A) worden ist. Keine Mark ist dabei in irgendeiner Form verlorengegangen. Das nur als Vorbemerkung zu Ihren Ausführungen, die kaum etwas mit dem Verkehrshaushalt unseres Landes zu tun hatten.

(Loke Mernizka [SPD]: So ist es!)

Der von der Landesregierung vorgelegte Verkehrs-etat mit einem Volumen von 4,1 Millionen DM.

(Zurufe von der CDU - Loke Mernizka [SPD]: 4,1 Milliarden DM!)

wird von meiner Fraktion außerordentlich begrüßt und mitgetragen.

Vergleichen Sie doch einmal den Verkehrsetat des Landes Hessen und den Freistaates Bayern mit dem von Nordrhein-Westfalen. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Wir sind auf der sicheren Seite! - Dieser Verkehrsetat steht im übrigen in der Kontinuität der guten und erfolgreichen Verkehrspolitik der letzten Jahre.

Die Beratungen des vorgelegten Haushalts im Verkehrsausschuß haben gezeigt, daß die neue CDU im Westen nichts, aber auch gar nichts Neues im Verkehrsbereich zu bieten hat. Die immer gleichen Wunschanträge wurden wieder und wieder vorgelegt und nach Diskussion und Ablehnung im Verkehrsausschuß erneut in den Landtag eingebracht, natürlich im vollen Bewußtsein, daß solche Anträge überhaupt nicht mehrheitsfähig sein könnten.

(B) Soweit es um die CDU geht, kann ich nur einen berühmten Buchtitel zitieren, Herr Kollege Langen: Im Westen nichts Neues! Sie haben keine Alternativen zu unserer Verkehrspolitik.

(Beifall des Loke Mernizka [SPD])

Wie Sie wissen, ist die Verkehrsinfrastruktur in unserer hochindustrialisierten und arbeitsteilig organisierten Volkswirtschaft ein Kernelement für Wachstum und Beschäftigung. Verkehrsinvestitionen schaffen und sichern Arbeitsplätze. Das wird mit dem vorgelegten Etat deutlich dokumentiert.

Natürlich könnte man überall noch eine Schippe drauflegen; aber im Sinne der von uns praktizierten soliden Finanzpolitik ist auch im Verkehrsetat ein Optimum erreicht, das wir nicht mehr überschreiten können.

(Beifall des Loke Mernizka [SPD])

(C) Nun zu den Einzelaspekten! Die Mittel für den Landesstraßenneubau wurden für das Jahr 2000 mit 150 Millionen DM veranschlagt. Die Erhaltungsinvestitionen für Landesstraßen werden um 25 Millionen DM auf 95 Millionen DM erhöht. Das sind begrüßenswerte Steigerungen. Sie haben doch niemals geglaubt, daß diese Koalition imstande wäre, ein solches Niveau zu erreichen!

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das stimmt!)

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich beim Finanzminister dafür, daß er diese Ansatzsteigerungen gestützt hat. Wir befinden uns also auf einem guten Weg. Gern hätten wir diese Beträge so, wie es die CDU-Fraktion in ihren wiederholt eingebrachten Anträgen vorschlägt, noch weiter erhöht. Aber bereits im Verkehrsausschuß konnte die CDU für eine weitere Steigerung keine plausible Deckung vorschlagen.

Jetzt komme ich zu Ihrer bundespolitischen Passage, Herr Kollege Langen: Wohin haben uns 16 Jahre Regierung Kohl geführt? - Zu 1,6 Billionen DM Schulden, zu einer Unterdeckung bei Verkehrsprojekten in Höhe von über 90 Milliarden DM. Das bedeutet: Sie haben Träume in die Welt gesetzt, die nie realisiert werden können.

(Beifall bei der SPD)

(D) Und das Land Nordrhein-Westfalen leidet darunter am stärksten. Reden Sie nicht von den Staus, sondern sprechen Sie doch einmal davon, daß Sie Planungen aufgestellt haben, die überhaupt nicht gegenfinanziert waren. Das ist der größte verkehrspolitische Bluff, den ich in meiner 20jährigen politischen Laufbahn erlebt habe!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der SPD-Landtagsfraktion sind gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in zwei Bereichen vom Entwurf der Landesregierung für den Verkehrshaushalt abgewichen. Bei den Investitionen für nicht bundeseigene Eisenbahnen haben wir den Baransatz von 8,7 auf 18,7 Millionen DM und die Verpflichtungsermächtigungen von 13 Millionen DM auf 30 Millionen DM erhöht. Mit diesem Schritt versuchen wir, den tatsächlichen Bedarf für äußerst innovative Schienenprojekte zu befriedigen. Indirekt handelt es sich bei diesen Investitionen immer auch um Investitionen in die

(Heinz Hunger [SPD])

- (A) Straße; denn wenn wir es schaffen, Güter auf die Schiene zu verlagern, werden Kapazitäten auf der Straße frei. Das ist unsere Politik. Daran wollen wir weiterarbeiten.

(Beifall des Loke Mernizka [SPD])

Wir beabsichtigen, mit diesen Mitteln den Schienengüterverkehr zu aktivieren, zum Beispiel im Raum Düren und dort in Zusammenarbeit mit der Dürener Kreisbahn, der Häfen- und Güterverkehr-Köln-AG sowie der Bergisch Gladbacher Eisenbahn GmbH.

Das Verlagerungspotential von der Straße auf die Schiene beläuft sich dabei auf eine Größenordnung zwischen 200.000 und 400.000 Tonnen pro Jahr. Das ist praktizierte Politik, Güter von der Straße auf die Schiene zu bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Des weiteren beabsichtigen wir, einen Gleisanschluß der Ford-Werke in Köln-Niehl zu fördern. Das würde die Verlagerung von zirka 100.000 Tonnen pro Jahr auf die Schiene ermöglichen. So sehen konkrete Leistungen sozialdemokratisch geführter Verkehrspolitik aus.

- (B) Zur nächsten Maßnahme, der Gleisanbindung der Warsteiner Brauerei:

(Lachen bei der CDU)

Dabei geht es um den Anschluß der Warsteiner Brauerei an das Streckennetz der Westfälischen Landeseisenbahn. Was es daran zu lachen gibt, weiß ich gar nicht. Auch dabei ist eine Verlagerung in einer Größenordnung von 200.000 bis 400.000 Tonnen pro Jahr möglich.

Das sind im übrigen Ansätze, die der Ministerpräsident entwickelt hat und die jetzt Schritt für Schritt umgesetzt werden. Sie erkennen also, daß wir mit unseren gezielten Ansatzserhöhungen ganz konkrete Projekte verbinden.

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch klar und deutlich herausstellen, daß diese Änderungsanträge die sozialdemokratischen Prinzipien von Verkehrspolitik widerspiegeln. Neben der intensiveren Förderung von NE-Bahnen haben wir uns auch für einen erhöhten Ansatz beim kommunalen und landesweiten Radwegbau engagiert. Wir haben die Baransätze um insgesamt

10 Millionen DM und die Verpflichtungsermächtigungen um 8 Millionen DM erhöht. Wir folgen hierbei auch den Wünschen vieler Gemeinden und vieler Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, unabhängig von der Fraktion, aus der sie kommen.

Ich bin gespannt, ob das so bleibt oder ob jetzt Fahrradwege wie zum Beispiel in der Stadt Düsseldorf vom Oberbürgermeister quasi persönlich zurückgestuft werden.

(Heinrich Kruse [Bochoß] [CDU]: Wohlweislich!)

Wir werden diese Situation und diese verfehlte Politik genau verfolgen und da, wo es erforderlich ist, auch unsere politischen und haushaltsmäßigen Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Verkehrspolitik richtet sich auf eine Stärkung aller Verkehrsträger. Wir wollen durch eine sichere und attraktive Radwegeinfrastruktur die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, viel mehr das Rad zu benutzen. Hierbei spielt vor allen Dingen die Schulwegsicherung eine wesentliche Rolle,

(Beifall bei der SPD)

da Schulkinder sehr häufig als Radfahrer und Fußgänger am Straßenverkehr teilnehmen und ein besonderes Schutzbedürfnis haben. Ich halte nichts davon, Herr Kollege Langen, bei der Verkehrswacht Verkehrssicherheit zu predigen und in der eigenen Stadt gegen Radwege zu polemisieren. Das machen wir jedenfalls nicht mit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Aufmerksam beobachte ich zur Zeit die Initiative der allzu neuen CDU im Westen, die in einigen Kommunen, wie ich eben schon bemerkte, die vorhandene Radwegeinfrastruktur mit erheblichem finanziellem Aufwand zurückbauen möchte.

(Brigitte Speth [SPD]: Zum Teil auch ungesetzlich!)

Wie Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, das den Bürgerinnen und Bürgern vor dem Hintergrund der Schulwegsicherheit erklären wollen, ist mir schlichtweg ein Rätsel.

(C)

(D)



(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluß!

**Heinz Hunger (SPD):** Ich komme, Frau Präsidentin, sofort zum Schluß. - Opfern Sie im Interesse der Kinder unseres Landes nicht die gemeinsam getragenen Verkehrssicherheitsbemühungen! Denn purer Populismus hat, wie wir alle wissen, kurze Beine; damit werden Sie scheitern.

Zum Schluß weise ich darauf hin, daß wir auch gemeinsam mit der Landesregierung an einer neuen Verkehrskonzeption arbeiten. Ich kann aus Zeitgründen nicht weiter darauf eingehen.

Wir sind froh, daß wir einen solch soliden Haushalt erarbeitet haben; wir werden diesem Haushalt unsere Zustimmung erteilen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Eichenseher das Wort.

(B) **Peter Eichenseher (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir verabschieden heute den fünften und letzten Haushaltsplan dieser Legislaturperiode, und ich glaube, das ist Anlaß, einmal den Blick tatsächlich etwas zu weiten und nicht nur die Verkehrsnachrichten für Nordrhein-Westfalen zu hören,

(Günter Langen [CDU]: Das gehört dazu!)

sondern einmal zu sehen: Was hat sich denn in diesen fünf Jahren verändert, und wohin möchte die CDU zurück?

Es hat sich in den fünf Jahren nicht nur in der Haushaltspolitik, sondern auch in der Verkehrspolitik, die wir hier im Lande betrieben haben, eine ganze Menge verändert. Vor fünf Jahren - Herr Langen, ich erinnere Sie daran - waren etwa 19 %, also fast ein Fünftel, der Bahnstrecken hier im Lande akut stilllegungsgefährdet. Davon ist - Gott sei Dank! - keine Rede mehr.

Erstmals seit fast 20 Jahren hat Nordrhein-Westfalen einen flächendeckenden ÖPNV-Bedarfsplan.

(C) Das heißt, erstmals haben wir die Grundlage, um das Geld, das im Haushalt steht - wir geben sehr viel Geld investiv aus -, zielgerichtet sinnvoll auszugeben, damit es nicht nur in U-Bahn-Tunnels in die Großstädte fließt, die Milliarden kosten, sondern endlich die Regionen, die jahrelang vernachlässigt wurden, eine bessere Infrastruktur bekommen, damit insbesondere die Bahnstrecken dort modernisiert und ausgebaut werden.

Achtzehn Bahnstrecken stehen mittlerweile zur Reaktivierung an. Das ist ein Riesenerfolg. Dafür brauchen wir einen Großteil der investiven Mittel der nächsten Jahre, die heute im Verkehrshaushalt stehen. Wichtig ist: Die Förderbedingungen insgesamt für den Infrastrukturausbau, was ÖPNV, also Bus und Bahn, angeht, haben sich dramatisch verbessert. Heute werden im Gegensatz zu früheren Jahren alle ÖPNV-Infrastrukturprojekte mit 90 % Landesmitteln gefördert.

Durch den Integralen Taktfahrplan, der 1998 zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen eingeführt wurde, haben sich nicht nur viele Verbindungen für die Fahrgäste im Lande, sondern auch das Zug- und das Fahrzeugangebot insgesamt deutlich verbessert. Ich sage nicht, daß wir damit schon am Ziel wären; ich will nur darauf hinweisen, daß wir mit jedem Haushalt Schritt für Schritt dafür gesorgt haben, daß sich die Bedingungen, was Infrastruktur, Service und Fahrzeuge angeht, verbessern.

(Günter Langen [CDU]: Durch die Gesetzesänderung des Bundes!)

(D) - Das ist nicht nur auf Gesetzesänderungen auf Bundesebene zurückzuführen, sondern ganz klar auch die Entscheidung des Landesgesetzgebers, unsere Entscheidung, die Mittel für die Schiene zu sichern, die Sie gerne für anderes zweckentfremden würden.

Ein Letztes! In diesem Jahr wurde endlich ein Programm zur Sanierung der Bahnhöfe und Haltepunkte im Lande aufgelegt. Dort besteht riesiger Sanierungsbedarf, und ich bin froh, daß wir das Geld im Haushalt bereitstellen können, um diesen Bedarf zu befriedigen. Die CDU würde vieles davon gerne zurückdrehen; sie würde gerne mehr Geld für die Straße ausgeben, mehr Geld für den Straßenneubau, insbesondere zu Lasten der wichtigen Projekte, die ich gerade genannt habe.

(Peter Eichenseher [GRÜNE])

(A) Ich sage ganz klar: Diese Politik können wir nicht mitmachen. Was wir klar unterstützen und mit diesem Haushalt zum Ausdruck bringen, ist: Wir brauchen mehr Geld für die Substanzerhaltung. Das heißt, wir müssen mehr Geld ausgeben, um die bestehenden Straßen zu reparieren, zu sanieren und in ihrer Substanz für künftige Jahrzehnte zu erhalten. Wer neue Straßen baut, stellt einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft aus und sorgt dafür, daß der Bedarf an Straßenunterhaltung massiv steigen wird; das läßt sich nicht finanzieren.

An einem Punkte möchte ich Herrn Langen ganz deutlich widersprechen. In vielen Bereichen gilt die einfache Logik nicht mehr, daß eine bessere Leistung erbracht wird, wenn mehr Geld bereitgestellt wird. Wir haben es im Verkehrsbereich häufig mit Subventionstatbeständen zu tun. Hier einfach die Mittel zu erhöhen, führt dazu, daß nicht die Leistung, sondern die Subventionsmentalität steigt. Das heißt, daß sich viele subventionierte Unternehmen - allen voran die Bahn AG - zur Ruhe setzen und sagen: Das Geld nehmen wir gerne; die Leistung bleibt beim alten.

(B) Daß wir neue Modelle entwickeln, zeigt gerade ein so innovatives Vorhaben wie das Schüler-Ticket für NRW: Wir wollen, daß in ein/zwei Jahren alle Schüler in Nordrhein-Westfalen eine Netzkarte bekommen. Das wird nicht zu machen sein, indem wir mehr Geld bereitstellen, sondern nur, indem wir mehr Leistung von den Unternehmen fordern, natürlich auch einen Eigenanteil von den Schülern fordern und insgesamt ein besseres und intelligenteres Angebot zur Verfügung stellen.

Zwei wichtige Korrekturen, die am Haushaltsentwurf vorgenommen worden sind, will ich noch erwähnen. - Ganz besonders wichtig ist die von Herrn Hunger angesprochene Erhöhung der Mittel für die Regionalbahnen im Lande. Hier tun wir konkret etwas dafür, daß Güter von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Wenn Sie die Projekte im einzelnen betrachten, werden Sie sehen, daß das Geld wirklich gut angelegt ist.

Hinzukommen zu diesen konkreten Projekten - das sage ich auch ganz klar - muß endlich die Schwerverkehrsabgabe auf Bundesebene. Denn ansonsten werden wir zwar im Lande durch konkrete Projekte Millionen Tonnen von der Straße

auf die Schiene verlagern, aber der große Schritt wird uns so nicht gelingen; er wird uns erst gelingen, wenn die Schwerverkehrsabgabe für die Lkws auf der Autobahn erhoben ist. (C)

Ich bin auch froh, mitteilen zu können, daß wir für den Radwegebau wesentlich mehr Geld als im Entwurf vorgesehen zur Verfügung stellen. Es ist ganz eindeutig: Dieses Geld dient unmittelbar der Verkehrssicherheit, und deshalb müssen wir auf diesem Gebiet mehr tun. Die Illusion, die Herr Langen gerade beschrieben hat, wir bräuchten mehr Geld für Autobahnen, mehr Geld für Landesstraßen, und damit hätten wir die Staus beseitigt: Diese Illusion wird eine bleiben. Denn Sie können noch soviel Geld für Autobahnen ausgeben, den achtspurigen Kölner Ring bauen: Sie werden trotzdem im Stau stehen, da jeder Autobahnausbau ein dickes Ende hat, und das sind - Sie sehen es jeden Tag um Düsseldorf - die Einfahrten in die Städte, wo sich der Verkehr über 20 oder 30 Kilometer zurückstaut.

Zum Schluß noch ein Stichwort! Es gibt eine neue virtuelle Idee von Herrn Koch, dem hessischen Ministerpräsidenten, nämlich einen neuen Länderfinanzausgleich zu schneiden. Er möchte nun ein Lieblingsprojekt, den Transrapid, mit Landesgeld auf die Trasse bringen. Nordrhein-Westfalen hat leicht angedeutet, daß es dieser Idee nicht abgeneigt wäre. Ministerpräsident Clement hat gesagt, das Projekt sei ihm wichtig. Ich erkläre ganz klar: Der Transrapid hat seine Rahmenbedingungen gesteckt bekommen. 6,1 Milliarden DM aus Bundeshaushaltsmitteln sind genug. Wenn er damit nicht wirtschaftlich darstellbar ist und sowohl die Industrie als auch die Betreibergesellschaft Bahn AG meinen, sie schafften es nicht, es wäre wirtschaftlich nicht machbar, dann tun wir gut daran zu sagen: Nun ist Schluß mit diesem Projekt! (D)

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Denn es kann nicht angehen, daß wir neue Schulden aufnehmen, eine Anleihe begeben oder eine Bürgschaft für ein Projekt übernehmen, das wirtschaftlich so nicht funktioniert. Man muß irgendwann auch den Realitätssinn aufbringen und die Ehrlichkeit besitzen, um das dann klar festzustellen.

Deswegen erteilen wir einem Zuschuß der Länder, insbesondere einem Zuschuß oder einer

(Peter Eichenseher [GRÜNE])

- (A) Bürgerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, eine eindeutige Absage. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Minister Steinbrück für die Landesregierung.

**Peer Steinbrück,** Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann natürlich den Stau personalisieren, Herr Langen, wie Sie das getan haben. Für den Stau in Nordrhein-Westfalen wäre danach die Landesregierung verantwortlich. Mir stellt sich allerdings die Frage: Ist Herr Stoiber für den Stau im Münchner Großraum, Herr Teufel für den im Stuttgarter und Herr Diepgen für den in Berlin verantwortlich? Oder wie beurteilen Sie die rund 40 Meldungen im niederländischen Rundfunk über die Staubildungen z. B. in der Randstad? Wie beurteilen Sie die Staumeldungen für das Pariser Großbecken oder für London? - Es macht meines Erachtens wenig Sinn, sich im Rahmen einer solchen Debatte die Stauentwicklung so vorzuhalten, als ob dafür jemand politisch spezifisch verantwortlich wäre. Ich kann das nicht erkennen.

(Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

- Vorsichtig, Herr Uhlenberg, auf die Mittelkürzung komme ich noch zu sprechen. Und diese Debatte ist für Sie gar nicht so angenehm, denn diese Mittelkürzungen begannen zu einem Zeitpunkt, als die Verantwortung auf Bundesebene bei Ihnen lag. Die Kürzungen gingen voll zu Lasten Nordrhein-Westfalens. Was die Behandlung Nordrhein-Westfalens durch frühere, insbesondere süddeutsche, Ihrer Partei oder der CSU angehörende Minister betrifft, davon könnte ich ein Lied singen - auch nachts, auch mit Noten; das habe ich alles zur Verfügung.

Ich rate also dazu, sich diese Staubildungen nicht so vorzuhalten, als ob dem anderen eine Schelle umgehängt werden soll. Es handelt sich nicht um ein nordrhein-westfälisches Spezifikum, sondern ist Ausprägung der zunehmenden Mobilität der Menschen und hängt zusammen mit einer in der Tat exponentiell wachsenden Gütermenge, die transportiert wird.

Das letztere ist mindestens positiver Ausdruck einer Wirtschaftsaktivität und vor allen Dingen einer wirtschaftlichen Verflechtung, die wir ja nicht kritisieren wollen. Es ist mit Blick auf die Nationalgrenzen und die übergreifenden Verkehre ein Hinweis darauf, daß die Integration Europas weiter vorangeht, daß die internationale Arbeitsteilung voranschreitet. Wer wollte das kritisieren? Außerdem rate ich mir selber wie auch anderen dazu, über das Mobilitätsbedürfnis der Menschen im einzelnen nicht politisch zu resolutionieren oder den pädagogischen Zeigefinger zu erheben. Dieses Mobilitätsbedürfnis ist einfach vorhanden. (C)

Die Frage ist nur - und da lohnt eine Debatte -, ob man denn mit der bloßen Fortschreibung der jetzigen Verkehrsinfrastruktur dieses Problem bewältigen kann. Meine Antwort dazu lautet: nein. In dem jetzigen Modal-split, in der jetzigen Arbeitsteilung der verschiedenen Verkehrsträger werden wir das nicht bewältigen. Vielmehr werden wir uns mit der Frage zu beschäftigen haben: Wie können wir in eine neue Arbeitsteilung der verschiedenen Verkehrsträger hineinwachsen, dies allerdings vor dem Hintergrund sehr beschränkter finanzieller Ressourcen?

Damit bin ich bei dem Investitionsprogramm des Bundes in der Perspektive bis 2002. Sie alle wissen um die Absenkung der investiven Mittel für die alten Länder, insbesondere für Länder, die Anfang der 90er Jahre keine Verkehrsprojekte "Deutsche Einheit" entwickeln konnten. (D)

Das ist keine Erfindung der SPD-geführten Bundesregierung, sondern ein Trend, der inzwischen seit zehn Jahren greift, der sich bis in den Beginn des nächsten Jahrzehnts fortsetzt. Er hat etwas damit zu tun, daß sich all die Projekte, die in Gang gesetzt worden sind - teilweise mit sehr feierlichen Spatenstichzeremonien -, daß sich die Verkehrsprojekte "Deutsche Einheit" und die Privilegierung der neuen Länder in diesem Investitionsprogramm abbilden. Es gibt einzelne Bundesländer, z. B. auch Baden-Württemberg, z. B. auch Rheinland-Pfalz, z. B. auch Nordrhein-Westfalen, die buchstäblich hinten herunterfallen, weil sie kein einziges privilegiertes Projekt im Rahmen des von mir aufgelisteten Sets haben.

Unsere Bemühungen - die des Ministerpräsidenten wie meine - in Verbindung mit dem Bundesverkehrsminister gehen dahin, hier zu einer Trendwende zu kommen. Die Gespräche laufen. Sie erstrecken sich auf die Überprüfungen im Rahmen

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) des Bundesverkehrswegeplans, auf die Überprüfungen im Rahmen des Bundesfernstraßenausbaugesetzes und die Fragestellung, ob sich nicht die knappen finanziellen Ressourcen zunehmend dahin orientieren müssen, wo die größten Effekte, der größte Grenznutzen, das heißt die Engpaßbeseitigung stattfinden können; diese Engpässe sind in Nordrhein-Westfalen sehr viel stärker festzustellen als in anderen Ländern.

Ich will Herrn Eichenseher daran erinnern, daß es da durchaus Nuancen geben mag. Ich kann mit einer Verkehrspolitik nichts anfangen, die sich nur in der Kategorie des Entweder-Oder bewegt nach dem Motto: Wir brauchen keinen Straßenneubau. - Die Kolleginnen und Kollegen auf seiten der GRÜNEN wissen, daß ich da anderer Auffassung bin. Ich glaube, man muß eine Politik des Sowohl-Als-auch verfolgen.

Es wird das eine oder andere wichtige Bundesfernstraßenprojekt geben, das realisiert werden muß. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Vielzahl von Ortsumgehungsprojekten sowohl für Bundesfernstraßen wie für Landesstraßen, die realisiert werden müssen und bei denen meine Wahrnehmung nicht nur im Kontakt mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern, sondern auch mit den Bürgerinnen und Bürgern eher zunimmt, daß sie dies auch wollen. Mein Rat lautet, diesen Wünschen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entgegenzukommen.

(B)

Deshalb freue ich mich, daß es gelungen ist, die Landesstraßenneubaukosten um 50 Millionen DM von 100 auf 150 Millionen DM zu erhöhen, und daß auch die Erhaltungsinvestitionen deutlich erhöht werden konnten, nämlich von 60 auf 95 Millionen DM; das ist ein richtiger Trend.

Was den öffentlichen Personennahverkehr betrifft, geht häufig verloren, in welcher Dimension wir in Nordrhein-Westfalen diesen fördern. Die Hausnummer beträgt 3,2 Milliarden DM. Das ist übrigens ungefähr vier- bis fünfmal soviel, wie wir in Nordrhein-Westfalen für den Landesstraßenbau ausgeben. Das sage ich denjenigen, die den Eindruck haben, da seien falsche Prioritäten gesetzt worden. Die Prioritäten gehen eindeutig in Richtung einer Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Mehr als 1 Milliarde DM geht allein in die Infrastruktur, nicht ganz 470 Millionen DM werden für neue Fahrzeuge aufgewendet; das ist übrigens

eine Steigerung um sage und schreibe 43 Millionen DM im nächsten Jahr.

(C)

In der weiteren Arbeit müssen wir uns im nächsten Jahr auch um ein neues Luftverkehrskonzept bemühen. Wir müssen uns in Nordrhein-Westfalen darauf einstellen, daß wir 2010 mit ungefähr 43 Millionen Fluggästen und einem Frachtvolumen von 750.000 Tonnen fertig zu werden haben. Darauf wird man sich in einer Arbeitsteilung der nordrhein-westfälischen Flughäfen einstellen müssen. Ich rate auch dazu, zumal das sehr stark mit Wertschöpfung, Beschäftigung und Einnahmen verbunden ist, was uns gut zu Gesicht steht.

Ich will dann das Programm "Service und Sicherheit" hervorheben. Sie wissen, daß wir pro Jahr 30 Millionen DM zur Verfügung stellen, um zu einer besseren Bewachung von Bussen und Bahnen zu kommen, mehr Informationssysteme einzusetzen, aber auch mit einem starken personellen Aufwand von ungefähr 500 zusätzlich Beschäftigten dafür zu sorgen, daß sich die Menschen im Raum des öffentlichen Verkehrs sicherer fühlen. Dies wirkt, wie wir wissen, sehr erfolgreich. Die Fahrgastzahlen nach 19 Uhr insbesondere von Frauen, die sich im öffentlichen Bereich nach 19 Uhr eher unsicher fühlen, steigen. Mein Rat ist, eher auf diese subjektiven Empfindlichkeiten einzugehen, als auf eine Kriminalstatistik zu verweisen, die objektiv nicht viel hergibt.

(D)

(Beifall der Brigitte Speth [SPD])

Wir müssen die Menschen erreichen, und wenn sie sich subjektiv unsicher fühlen, muß man etwas tun. Dies gelingt. Viele der Verkehrsverbundunternehmen können nachweisen, daß dieses Programm nicht nur sehr gut angenommen wird, sondern daß es auch einen beschäftigungsfördernden Effekt hat. Es ist mit Beratung verbunden und führt zu mehr Fahrgästen, was wiederum Mehreinnahmen bedeutet. Und bei Mehreinnahmen haben wir mehr Mittel für Investitionen von Projekten zur Verfügung, die wir beim ÖPNV realisieren wollen.

Ich will auf vier aktuelle Probleme eingehen, damit Sie eine Agenda haben, von der ich glaube, daß sie die verkehrspolitischen Herausforderungen in unseren weiteren Debatten maßgeblich bestimmen wird.

Da ist zunächst die Pünktlichkeit im Schienenpersonennahverkehr. Ich glaube, daß die Wahrneh-

(Minister Peer Steinbrück)

(A) mungen den Realitäten entsprechen, daß die Pünktlichkeit im Augenblick völlig kontraproduktiv ist, um Menschen für den ÖPNV zu motivieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Dieses Thema wird insbesondere im Verhältnis zur DB AG eine Rolle spielen. Noch in dieser Woche treffe ich mich mit einzelnen Fachleuten. Wir alle sind enttäuscht, daß das 70-Punkte-Programm der DB AG vom Herbst letzten Jahres nicht gegriffen hat. Wir hatten im Verkehrsausschuß eine kurze Debatte darüber, warum, weshalb, wieso; diese Debatte muß weitergehen.

Das zweite große Problem ist die bahntechnische Industrie mit erkennbaren Tendenzen zum Kapazitätsabbau in der ganzen Bundesrepublik, aber auch in Nordrhein-Westfalen - ein Thema, das mich sehr bekümmert, weil wir einerseits eine enorme Nachfrage nach den Produkten dieser bahntechnischen Industrie haben und wir es andererseits mit einer keineswegs gegebenen Verlässlichkeit in der Auslieferung zu tun haben. Was die Qualität des rollenden Materials betrifft, sind wir teilweise in Schwierigkeiten, die kaum jemand noch rational nachvollziehen kann.

(B) Das dritte wichtige Thema ist die Leistungssteigerung im Cargobereich auf der Schiene, ein Thema, von dem ich behaupte, daß es auch und gerade in Diskussionen mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der DB AG eine erhebliche Rolle spielen wird. Wir müssen die Schiene leistungsfähiger machen, um Güterverkehre zu übernehmen.

Ich freue mich sehr, daß wir in Nordrhein-Westfalen bei den Anbindungen an den Benelux-Bereich in den letzten Tagen sehr erfolgreiche Schritte zu einer Kooperation von Antwerpen und Duisburg gemacht haben, was darauf hinauslaufen könnte, relativ schnell die Möglichkeiten des Eisernen Rheins wieder in Anspruch zu nehmen, um hier über Güterverkehre zur Entlastung der Straße abzuwickeln.

Auf den Transrapid will ich nicht in extenso eingehen, Herr Eichenseher, aus meiner Meinung aber auch keinen Hehl machen: Ich halte es für ein Armutszeugnis, daß an einem Hochtechnologiestandort wie der Bundesrepublik Deutschland

ein solches Projekt nicht realisiert werden kann. (C)  
So sieht es im Augenblick aus.

(Beifall bei SPD und CDU - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Das ist ein absolutes Armutszeugnis!

Ich gehöre zu denjenigen, die sagen, wir brauchen eine solche Referenzstrecke, wenn wir ein solches Projekt exportfähig machen wollen. Ich bin in der Geschichte dieses Projekts ganz gut verhaftet, weil ich noch in den 70er Jahren im BMFT verantwortlich war, als die ersten Mittel aus dem BMFT-Haushalt für das aufgewandt wurden, was im Emsland bereitgestellt worden ist. Ich kenne die Entwicklungsgeschichte auch mit Blick auf den Lackmusest, daß die Industrie eine völlig private Finanzierung dieses Projekts in Aussicht gestellt hatte. Trotzdem unter dem Strich: Ich glaube, es steht der Bundesrepublik Deutschland gut zu Gesicht, ein solches Projekt zu realisieren.

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Ich will darauf hinaus, meine Damen und Herren, daß die Themen, die uns in der verkehrspolitischen Debatte zusammenführen werden, in meinen Augen drei wesentliche Aspekte betreffen: Wie kommen wir zu einer neuen und besseren Arbeitsteilung der Verkehrsträger? Wie und wo können wir neue Finanzierungsquellen erschließen? (D)

Ich füge in einem Exkurs hinzu: Hier wird insbesondere das Thema einer entfernungsabhängigen Schwerlastverkehrsabgabe eine Rolle spielen. Ich bin dafür, daß diese zweckgebunden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zugute kommt.

Das dritte große Thema lautet: Wie können wir die vorhandenen Investitionsmittel effizienter als bisher einsetzen?

Hier spielt die Musik. Die Musik spielt nicht dort, wo wir in einen Überbietungswettbewerb hineingehen: Wer kann mehr Ortsumgehungen, mehr Radwege, mehr Bundesfernstraßen bauen? Daß wir alle dafür gern sehr viel mehr Geld hätten, Herr Langen, liegt auf der Hand.

Da sind wir gar nicht weit auseinander. Man muß nur sagen, woher das Geld kommen soll. Unter

(Minister Peer Steinbrück)

(A) den obwaltenden Rahmenbedingungen sage ich: Es ist ein Erfolg, daß wir viele Titel mit dem Haushaltsentwurf 2000 haben aufstocken können. Deshalb wäre ich zumindest für Ihre Enthaltung dankbar. Vielleicht kann ich dafür werben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind abgelaufen. Ich **schließe die Beratung zu Einzelplan 08.**

Wir kommen zunächst zur **Abstimmung** über die **Änderungsanträge**. Ich möchte Sie auf die Tischvorlage mit der Übersicht über die Änderungsanträge hinweisen, die der Reihe nach aufgerufen werden.

Ich lasse über den ersten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4523** - Stichwort: Landesförderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe" - abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

(B)

Ich lasse über den zweiten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4524** - Stichwort: Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich lasse über den dritten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4525** - Stichwort: Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans - abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich lasse nun über den **Einzelplan 08 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/4508** abstimmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Einzelplan 08 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung des Kollegen Kreuz **angenommen**.

(C)

Ich rufe auf:

**Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft**

mit den Teilbereichen a) Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und b) Umwelt und Raumordnung. Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4510 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, das sind die Drucksachen 12/4526 und 12/4527.

Ich **eröffne die Beratung** mit dem Teilbereich

a) **Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz**

und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Uhlenberg das Wort.

(D)

**Eckhard Uhlenberg (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Ländervergleich ist der Agrarstandort Nordrhein-Westfalen, gemessen am Umsatz, der drittgrößte in Deutschland. Nach Niedersachsen und Bayern - ebenfalls Flächenländer - produzieren die 60.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen ca. 15 % der deutschen Agrarproduktion. Die nordrhein-westfälischen Land- und Forstwirte schaffen und erhalten eine Kulturlandschaft für Millionen von Erholungsuchenden aus den Ballungszentren. Die Land- und Forstwirtschaft ist das Rückgrat der ländlichen Räume und bildet mit dem vor- und nachgelagerten Bereich einen bedeutenden Teil der Volkswirtschaft.

Im Jahre 1999 haben sich die Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft allerdings dramatisch verschlechtert. Die Agenda 2000 führt dazu, daß die Landwirte dramatische Einkommenseinbußen in Höhe von 1,5 Milliarden DM jährlich hinnehmen müssen, da zum ersten Mal Preissenkungen ohne einen vollständigen Einkommensaus-